

DIE LINKE.

Wiesbaden Rheingau-Taunus-Kreis

Linke Liste

Wiesbaden



EXTRA:

Kinderarmut

„Reiches Land – arme Kinder“ Wiesbadener Schulmittel- und Schullessenfonds absolut unzureichend!

„Reiches Land – Arme Kinder“, so heißt eine Kampagne gewerkschaftlicher Erwerbslosengruppen. Der Blick auf unsere Stadt zeigt: **ZU RECHT! 8300 Kinder in Wiesbaden, das ist mehr als jedes fünfte Kind, sind von SGB II betroffen. Das sind 8,4% mehr als im bundesdeutschen Durchschnitt (21,8% in Wiesbaden zu 13,4% in der BRD gesamt).**

Durch die Einführung der Hartz-Gesetze hat sich die Kinderarmut quasi über Nacht verdoppelt. Alljährlich beginnt damit für doppelt so viele Familien wie zuvor das neue Schuljahr mit Sorgen und Angst:

Wie Dr. Ulrich Schneider vom paritätischen Wohlfahrtsverband in einem Testkauf herausfand, addieren sich die Anschaffungskosten für Schulranzen, Schultüte, Turnbeutel, Turnbekleidung, Federmappe, Schreibhefte, etc. nämlich schnell zu rund 180 Euro. Laut einer Umfrage des VAMV (Verband allein erziehender Väter und Mütter) unter Eltern schulpflichtiger Kinder im Dezember 2005 betragen die durchschnitt-

lichen Ausgaben pro Kind und pro Schuljahr sogar 438 Euro.

Im ALG-II Regelsatz ist jedoch kein einziger Cent für Lernmittel und Schulmaterialien vorgesehen! Die Ausgaben für Bildung wurden komplett gestrichen, als die Höhe des ALG II festgelegt wurde. Für Schreibwaren im Allgemeinen ist von den 207 Euro monatlich 1,63 Euro vorgesehen. Dafür bekommt man gerade einmal einen Bleistift und einen Radiergummi.

Dr. Ulrich Schneider kommt deshalb zum Ergebnis:

„Aus unserer Sicht ignoriert der Gesetzgeber den notwendigen erzieherischen und Entwicklungsbedarf von Kindern, es sei denn, er wolle ernsthaft die Auffassung vertreten, dass ein abgeschabter Schulranzen der dritten Generation, eine mit Tinte verfleckte Federtasche und durchgelatschte Turnschuhe das sind, was ein Kind zum Schulstart motiviert und ihm das Gefühl gibt, im Klassenverband dazuzugehören.“

Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden (LiLi)
für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 15. November 2007

Einrichtung eines Schulmittelfonds

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadt Wiesbaden richtet nach dem Vorbild anderer Städte, Gemeinden und Landkreise einen Schulmittelfonds ein, aus dem Schüler/innen aus Bedarfsgemeinschaften (ALG II, Grundsicherung, Niedriglohn) finanzielle Mittel für die Anschaffung von Lernmitteln zur Verfügung gestellt werden, die von der Lernmittelfreiheit in Hessen nicht abgedeckt sind (etwa: Taschenrechner, Zeichenblocks, Turnschuhe, Wachsmalkreiden, Musikinstrumente, Grammatikbücher usw. usf.)

Der Magistrat wirkt im Gespräch mit den Schulleitungen darauf hin, dass für zusätzliche Anschaffungen in den Schulen eine Obergrenze festgelegt wird, die pro Schüler/in und pro Schuljahr nicht überschritten werden darf. Diese Obergrenze soll bei 250 € pro Schüler/in und Jahr liegen.

Schüler/innen aus bedürftigen Familien erhalten die zusätzlichen Lernmittel bis zu dieser Grenze aus dem einzurichtenden Schulmittelfonds erstattet.

„Denn die einen sind im Dunkeln und die andern sind im Licht und man siehet die im Lichte, die im Dunkeln sieht man nicht.“

(Brecht: Dreigroschenoper)

Nach Artikel 7 Grundgesetz (GG) ist der Schulbesuch in Deutschland bis zur Jahrgangsstufe neun verpflichtend. Dies bedeutet: **Der Schulbesuch ist kein Privatvergnügen**, das diejenigen, die Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII beziehen, irgendwie selbst zu finanzieren hätten.

Wir sind der Meinung: Die Ausstattung mit den notwendigen Schulmaterialien ist eine Grundvoraussetzung für das Recht auf Bildung und für eine erfolgreiche Teilnahme am Unterricht – und es ist eine Schande, dass nicht allen Schülern selbstverständlich diese Ausstattung zur Verfügung gestellt wird.

Wenn der Gesetzgeber seiner Pflicht nicht nachkommt, muss eben die Kommune einspringen. Andere Kommunen haben es vorgemacht: In Zwickau z.B. erhält jedes Schulkind pauschal einen Betrag von 250 Euro zur Einschulung. In mindestens 19 weiteren Kommunen gibt es ähnliche Regelungen.

Die Fraktion Linke Liste hatte am 15. November 2007 die Einrichtung eines kommunalen Schulmittelfonds auch für Wiesbaden gefordert. Dieser wurde an die „Initiative gegen Armut – für Bildung, Arbeit und soziale Teilhabe“ verwiesen, die ein Konzept erarbeiten sollte. Das Ergebnis ist absolut unzureichend: 35-Euro-Gutscheine für Kinder, die im August 2008 eingeschult werden oder in die fünfte Klasse wechseln. Die Gutscheine werden nach Selbsteinschätzung ausgegeben und können in 15 Fachgeschäften, Warenhäusern und Verbrauchermärkten eingelöst werden. Daran sind mehrere Dinge zu bemängeln:

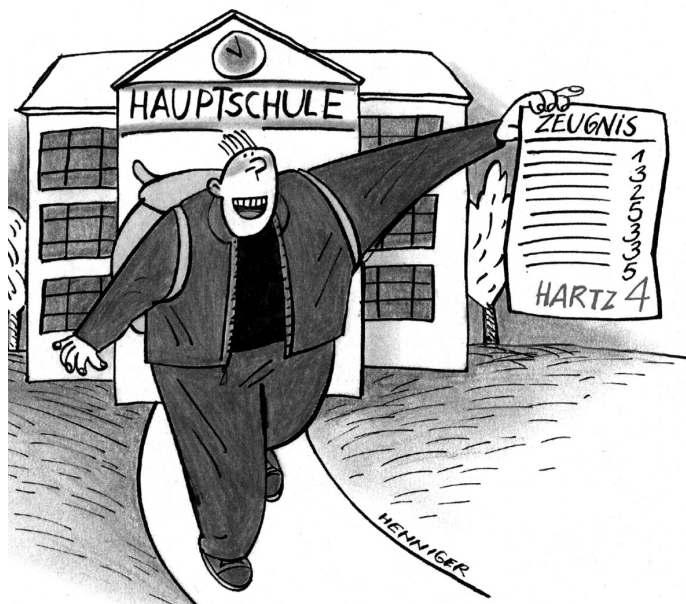
- Die entstehenden Kosten können nicht im Entferntesten mit diesem Betrag gedeckt werden.
- Schüler/innen der anderen Jahrgangsstufen werden ausgeschlossen
- Es ist irreführend zu glauben, nicht-bedürftige Familien würden für sie theoretisch zugängliche Subventionen nicht in Anspruch nehmen
- Die Ausgabe auf Gutscheinebasis statt in Geldwerten ist aus vielerlei Hinsicht äußerst kritisch zu bewerten. Sie geht zum einen von einem negativen Bild der Bedürftigen aus („die versaufen das Geld sonst nur“). Des Weiteren gilt grundsätzlich der Vorrang von Geldwerten vor Gutscheinen im Hinblick auf die zu fördernde Eigenverantwortung. Außerdem muss der Empfänger in der Lage sein, selbst zu entscheiden wo er einkauft. Nicht zuletzt ist zu prüfen ob durch dieses Vorgehen nicht eine Wettbewerbsverzerrung vorliegt.

Das ursprüngliche Ansinnen wurde damit stark verwässert und erfüllt seinen Zweck in keinsten Weise.

Ähnlich steht es mit dem Schulessefonds, durch den es laut CDU/Grüne/FDP-Regierung nun angeblich möglich wird, dass „alle Kinder unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern an einem Mittagessen in Schulen teilnehmen können“. Die Wahrheit ist: **Der Regelsatz eines Kindes enthält pro Tag 2,29 Euro für Essen und Trinken**. Für den Schulessefonds wurden 150.000 Euro in den Haushalt eingestellt. Bei ca. 5.000 bedürftigen Schulkindern kommt man bei 200 Schultagen pro Jahr gerade einmal auf 14 Cent Zuschuss pro Schüler/in. Ein Essen an hessischen Schulen kostet in der Regel um die 3 Euro. Das reicht hinten und vorne nicht!

Der Oberbürgermeister und Kämmerer Dr. Helmut Müller wird nicht müde zu betonen, wie gut es unserer Stadt finanziell geht. Statt das Geld jedoch für die Schwächsten unserer Gesellschaft, die Kinder, einzusetzen subventioniert die Stadt lieber mit mehreren Millionen Fußball-Bundesligisten, feiert für 200 000 Euro Feste wie „7 Tage – 7 Tische“ oder gibt über eine halbe Million Euro für eine LED-Lichttechnik in der Fußgängerunterführung am Hauptbahnhof aus.

Auf kommunaler Ebene können wir Hartz IV leider nicht abschaffen, wir sind jedoch in der Lage die Auswirkungen zumindest ein wenig abzuschwächen – den politischen Willen dazu vorausgesetzt.



Presserechtlich verantwortlich:

Wählergruppe Linke Liste, Koordinationsausschuss, Gottfried Schmidt, c/o Infoladen Linker Projekte, Werderstraße 8, 65195 Wiesbaden, (www.lili-wiesbaden.de)

Manuel Mergen + Jörg Jungmann, Kreisvorsitzende DIE LINKE. Wiesbaden Rheingau-Taunus-Kreis, c/o Infoladen Werderstraße 8, 65195 Wiesbaden (www.dielinke-wiesbaden-rtk.de)

Auflage 2.500 – Eigendruck